

Nie wieder ist jetzt!

Liebe*r Leser*in,

32,8 Prozent in Thüringen, 30,6 Prozent in Sachsen, 29,2 Prozent in Brandenburg – so lauten die Wahlergebnisse der selbst ernannten Alternative für Deutschland im Jahr 2024; hinzu kommen starke Zugewinne bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt. Die Partei punktet mit offenem Rassismus, Queerfeindlichkeit, der Abwertung von Menschen, die in Armut leben, und der Verächtlichmachung demokratischer Institutionen. Ihr Vorgehen: Populismus. Ihre Ziele: Ausgrenzung und Deportation aller, die nicht in ihr völkisch-nationales Weltbild passen.



Auch bürgerliche Parteien übernehmen verstärkt Positionen und Strategien der AfD in ihre Programme und/ oder ihre politische Praxis und helfen so, auf dem Rücken der als „anders“ gelabelten Gruppen Menschenfeindlichkeit salonfähig zu machen. Aktuell leiden vor allem Tausende geflüchtete Menschen darunter, dass massiv Maßnahmen zur Ausgrenzung auf allen politischen Ebenen diskutiert und umgesetzt werden. Ein gelingendes Ankommen und Bleiben wird so in vielen Fällen erschwert oder unmöglich gemacht.

Darüber hinaus wird die Finanzierung Sozialer Arbeit vielfach infrage gestellt.

Auch außerhalb der Parlamente wird die Normalisierung rechter Positionen spürbar: Algorithmisierte und strategisch koordinierte Propaganda und Agitation werden von vernetzten Social-Media-Kanälen direkt und effektiv vermittelt. In strukturschwachen Regionen betreiben diverse rechte Gruppierungen Versuche der Ansiedelung in kleinen Orten, indem sie Immobilien und Grundstücke aufkaufen. Frauen sollen in eine vermeintlich „traditionelle“ Geschlechterrolle gepresst werden. Sie wären es auch, die überproportional stark durch ein Wegbrechen von Stellen betroffen wären, da sie den Großteil der Fachkräfte Sozialer Arbeit ausmachen. BIPOC (Black People, Indigenous People, People of Colour) sind in ihrem Alltag im öffentlichen Raum tätlichen Angriffen ausgesetzt und die LGBTQIA+-Community kann sich auf ihren Demonstrationen und Paraden nicht mehr sicher fühlen – trotz Polizeipräsenz.

Was wir gegenwärtig beobachten, sind Entwicklungen, die an die Anfänge der dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte erinnern. Was bedeutet das für die Soziale Arbeit? Im Nationalsozialismus standen Sozialarbeiter*innen vielfach auf der Seite der Täter*innen. Ja, Einzelne waren widerständig. Aber: Die Profession insgesamt war es nicht. Und selbst wenn Soziale Arbeit sich nicht zur Komplizin rechter Politik macht, gilt: Wo es keine professionelle Soziale Arbeit gibt, entstehen Freiräume, die nicht selten von rechten Akteur*innen besetzt werden. Der Kampf um das Fortbestehen der eigenen

Stellen und der Konsolidierung des Trägers sind kein bloßer Selbstzweck. Es geht darum, weiterhin präsent zu sein und im Alltag der Menschen zu demonstrieren, dass Hass, Hetze und Gewalt nicht alternativlos sind. Auch das ethische Selbstverständnis – Stichwort Menschenrechtsprofession – lässt keinen Zweifel zu. Schulterzucken ist keine Option. Es braucht politische Einmischung!

Es geht um nicht weniger als die Bekämpfung des neuen Faschismus in Deutschland. Will die Soziale Arbeit – und dies gilt explizit auch für den DBSH – aus ihrer eigenen Geschichte lernen und ihrem Selbstbild gerecht werden, bleibt ihr nur eines übrig: „Widerstand an alle Fronten!“, wie es Frank Bettinger formulierte.

Wir hoffen, dass die Beiträge dieser Ausgabe Mut machen zu widersprechen, Anregungen geben, um Strategien zu entwickeln, und dazu einladen, sich zu solidarisieren. In der kühnen Hoffnung, etwas ausrichten zu können – nie wieder ist jetzt!

Mit solidarischen Grüßen

Michael Bertram-Maikath

Mitglied des Redaktionsbeirats
der FORUM sozial